



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Gut gebrüllt, Herr Löwe, sagte kaltblütig der Friedensrichter. Da aber Fräulein Cécile immerhin noch im weiten Felde steht, werden wir darauf bedacht sein müssen, ob wir nicht die große Frage zu rascherer Erledigung führen können durch Beseitigung des mit Recht für gefährlich angesehenen Admirals der deutschen Flotte.

Wöten wir den Admiral, stimmte ich ein; die Flotte ist ohnehin stark beschädigt.

Dagegen hatte auch Schiefrieh nichts einzuwenden.

* * *

Änregende Arbeit und froher Jugendmut machten, daß bei uns der Eindruck dieser Ereignisse bald verwischt war. Nur Stürmer erging sich eine Zeit lang in schwarzseherischen Redensarten. Er habe Ahnungen, sagte er, als müsse demnächst noch irgend etwas recht arges vorkommen. Wenn wir ihn auslachten, verwies er uns das: wir sollten den Neid der Götter nicht allzu sehr herausfordern. Man wußte bei ihm nie, wie weit er scherzte, und wie weit es ernst gemeint war. Aber es war erklärlich, daß die Verzweiflung der unglücklichen Frau Becker ihm besonders nahe gegangen war, und daß er dieses Bild auch nicht so leicht los wurde. Er hatte sich, wie gesagt, mit dem Verkauf der Haushaltung belastet, und das machte ihm viel Verdrießlichkeiten, denn er war nicht sehr geschickt in solchen Sachen, und doch sehr gewissenhaft.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Kaiser und Bürgermeister. In das Leben des Stadtrats Kauffmann zu Berlin hat die Krone zweimal eingegriffen; das erstemal zu seinem Vorteil, indem Kaiser Wilhelm I. ein ehrengerichtliches Urteil der militärischen Standesgenossen Kauffmanns nicht anerkannte, das zweitemal zu seinem Schaden, indem Kaiser Wilhelm II. die Wahlhandlung der Berliner Stadtverordneten, die sich Kauffmann zum zweiten Bürgermeister erkoren hatten, nicht bestätigte. Für eine ganz dumme Einrichtung oder für ganz schlecht verwaltet wird also vermutlich Herr Kauffmann die königlichen Prärogativen nicht halten; andererseits ist es menschlich, wenn er sich zwar die für ihn günstigen Entscheidungen gern gefallen läßt, die Folgen der ungünstigen dagegen von sich abzuwenden sucht.

Über die Gründe, die die Nichtbestätigung Kauffmanns als Bürgermeister veranlaßt haben, ist die Öffentlichkeit durch die Regierung nicht unterrichtet worden, während im Falle Dullo, der sich vor einiger Zeit abgespielt hat, einige Notizen in ein Regierungsblatt gegeben wurden. Wenn jetzt Schweigen beobachtet wird, so darf man daraus weder zu Gunsten noch zu Ungunsten des Abgelehnten schließen, denn die Veröffentlichung aus ehrengerichtlichen Verhandlungen verbietet sich von selbst. Dagegen sind in der Herrn Kauffmann politisch nahestehenden Presse mehrfach Bemerkungen gemacht worden. Aus dieser Quelle stammen die allgemein als Thatsachen hingenommenen Nachrichten, daß die Nichtbestätigung durch die militärischen Schicksale Kauffmanns veranlaßt worden sei, und ferner, daß seiner Zeit Kaiser

Wilhelm I. das ehrengerichtliche Urteil gegen Kauffmann nicht bestätigt, sondern es gemildert und Herrn Kauffmann lediglich den Abschied erteilt habe, ohne ihm den Offizierstitel zu nehmen. Diese Maßregelung entspricht dem Urteil, das als fünft schärfstes in der Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere im preussischen Heere angeführt wird. War aber diese Maßregelung wirklich in der Sache eine Milderung des ehrengerichtlichen Urteils, so muß dieses selbst schärfer gewesen sein. Es giebt nur noch ein schärferes Urteil; es wird in der Verordnung als sechstes angeführt und lautet auf schuldig der Verletzung der Standesehre unter erschwerenden Umständen unter Beantragung der Entfernung aus dem Offiziersstande. Wir stellen dies fest, weil unsre Ausführungen zu diesem Gegenstande in Nr. 31 der Grenzboten angegriffen worden sind. Die Ausführungen waren hypothetischer Natur, was die Boffische Zeitung, nachdem sie uns der Unwahrheit und der Verleumdung geziehen hat, als ehrenhaftes Blatt ihren Lesern mitteilen wird, nachdem wir sie hierdurch auf ihre Fahrlässigkeit aufmerksam gemacht haben; und auch jetzt wollen wir nur auf den Schluß hinweisen, den man aus den Behauptungen der freisinnigen Blätter ziehen muß; für diese Behauptungen selbst überlassen wir ihnen die Verantwortung. Wir drängen uns nicht dazu, ein Urteil über irgend eine Person zu fällen, sondern wollen nur die öffentliche Seite des Konflikts zwischen der Krone, den Berliner Stadtverordneten und Herrn Kauffmann erörtern.

Die von uns als notwendige Bedingung der Bestätigung angesehene volle militärische Rehabilitierung Kauffmanns ist nicht erfolgt, die Bestätigung ist versagt worden, und nun wird er von den Stadtverordneten zum zweitenmal aufgestellt werden. Man erwartet sogar, daß er bei der zweiten Wahl eine größere Mehrheit erhält als bei der ersten.

Wenn wirklich Herr Kauffmann wiedergewählt wird, so sind die Berliner Stadtverordneten gerächt. Die Bilanz steht dann folgendermaßen: Der Kaiser hat ein Urteil der Stadtverordneten verworfen, übrigens eins, das vermutlich gefällt worden war ohne Kenntnis der militärischen Personalien, die die Ablehnung, nach allgemeiner Annahme, veranlaßt haben; die Stadtverordneten verwerfen darauf das Urteil des Kaisers; damit sind beide Teile, wenn man sie als zwei ganz gleiche Faktoren betrachtet, quitt, ja der Vorsprung wäre dann wohl schon auf Seiten der Stadtverordneten, was ihrer Mehrzahl bei deren bekannter Gesinnung ja nur Befriedigung gewähren kann. Diese Befriedigung würde kaum wesentlich dadurch kleiner werden, daß Kauffmann auch zum zweitenmal nicht bestätigt wird. Eine Bestätigung erwartet wohl überhaupt niemand. Worauf sollte sich auch eine solche Willensänderung gründen? Das Hindernis für die Bestätigung beim erstenmal lag offenbar in der Person Kauffmanns oder, um uns unparteiisch auszudrücken: es wurde in ihr gefunden; dieses Hindernis kann kaum durch ein Votum der Berliner Stadtverordneten weggeräumt werden. Nicht als ob ihr Urteil für nichts zu achten wäre, ein gutes Zeugnis der Mitbürger hat immer seinen Wert; aber offenbar wäre eine etwas größere Mehrheit bei der ersten Wahl als Zeugnis für Kauffmanns Person empfehlender gewesen, als sogar Einhelligkeit bei der Wiederwahl, die doch hauptsächlich ein Zeugnis für die politische Gesinnung der Wählenden wäre.

In Kauffmanns Hand lag es, die ganze Demonstration zu verhindern. Für sein Verhalten eröffneten sich zwei Möglichkeiten. Entweder ist er Demokrat, oder nicht. Er soll der Freisinnigen Volkspartei angehören, aber diese Zugehörigkeit läßt noch keinen bestimmten Schluß zu, wie er innerlich zur Monarchie steht. Angenommen, er ist Demokrat, so war es für ihn selbstverständlich, daß er die Kandidatur zum zweitenmal annahm und sich bemühte, die Demonstration so zu gestalten, daß der Gegensatz zu der kaiserlichen Entscheidung möglichst scharf hervortritt und

die Autorität des Kaisers möglichst herabgesetzt wird. Wirkt Herr Kauffmann in diesem Sinne, so könnte man darin vielleicht eine späte Rechtfertigung seiner frühern militärischen Maßregelung sehen, und mancher möchte dann den Scharfblick seiner damaligen Richter bewundern.

Ist aber Herr Kauffmann nicht Demokrat, glaubt er, daß die Demokratie nicht der Weg ist, der Deutschland zum Heile führt, und hat diese Überzeugung nennenswerte Kraft in ihm, so war es für ihn das Gegebne, nicht wieder zu kandidieren, sondern zurückzutreten. Denn dann konnte er es nicht für seine Aufgabe halten, in unsrer Zeit einer gesetzmäßigen Personalentscheidung der Krone Demonstrationen von Selbstverwaltungskörpern entgegenzustellen.

Das Zeichen eines wahrhaft achtbaren Mannes ist es, in Gewissenssachen auf seiner Überzeugung zu beharren gegen eine Welt von Gegnern und jeden äußern Zwang; aber davon kann doch hier gar nicht die Rede sein; auf die Gewissensfreiheit des Herrn Kauffmann und der Berliner Stadtverordneten wird kein Zwang ausgeübt. Oder ist hier der Fall gegeben, daß dem Monarchen, weil er auf falschem Wege war, zum Wohl des Staats Opposition gemacht werden mußte? Für welche Sache sollte denn Kauffmann stehen? Für die Selbstverwaltung? Diese ist nicht in Gefahr. Der Kaiser will den bestehenden Zustand nicht ändern, eben dieser giebt ihm das Recht, den Gewählten einmal abzulehnen, noch einmal abzulehnen und immer wieder abzulehnen. Wenn die Stadtverordneten und Herr Kauffmann erreichen wollen, daß der Monarch dieses Recht verliert und durchweg das Votum der Wahlkörper bestätigen muß, so ist der Wunsch, den Rechtsstand zu ändern, auf der Seite der Stadtverordneten und Kauffmanns, statt auf der des Kaisers. Auch für seine Partei steht Kauffmann nicht, denn andre Mitglieder dieser Partei sind bestätigt worden und werden künftig bestätigt werden. Wenn aber Herr Kauffmann durch seine nochmalige Kandidatur das Programm vertreten wollte, daß militärische und bürgerliche Dinge nichts miteinander zu thun haben — in der Annahme, daß seine militärischen Schicksale bestimmend für seine Ablehnung waren —, so halten wir dieses Programm für grundfalsch; wir halten es sogar für überaus wichtig, daß die militärischen und die bürgerlichen Dinge miteinander in vollem Einklange gehalten werden, und nicht ein Militärstaat für sich und ein bürgerlicher Staat für sich konstituiert wird. Nun bleibt noch, daß Herr Kauffmann lediglich seine Person durchsetzen will. Für Herrn Kauffmann persönlich war allerdings die Ablehnung eine Kränkung. Nehmen wir an, daß er sie als unverdient betrachtet, so hat er das unangenehme Gefühl, das gemeinhin jeden beschleicht, der glaubt, es sei ihm Unrecht geschehn. Wenn er die Kandidatur nicht wieder annahm, so hätte er diese persönliche Kränkung eingesteckt. Wäre das aber schimpflich? Wir meinen nicht. Der Dienst des Vaterlands verlangt Uneigennützigkeit und zwar unter jeder Staatsverfassung, in der Republik so gut wie in der Monarchie. In dem großen Schatz, das Vaterland genannt, muß der Einzelne auf vieles Eigne, auf manche persönliche Neigung und auf manchen persönlichen Vorteil verzichten.

Innerhalb der einzelnen Teile dieses Schazes, deren Summe ausmacht, daß es in Deutschland wohl steht, daß das Land vor innern Unruhen bewahrt bleibt und vorwärts kommt, gehört nicht zu den allerkleinsten Posten ein gutes Verhältnis des Kaisers zu der Bürgerschaft der Reichshauptstadt. Man bedenke, welche Bedeutung für Preußen und Deutschland im Jahre 1848 die Vorgänge in der Landeshauptstadt und das Verhalten der „lieben Berliner“ gehabt haben. Leider sind wir längst an das unerfreuliche Verhältnis gewöhnt, das zwischen dem kaiserlichen Schlosse und dem ihm so nahen Roten Hause in Berlin besteht. Viele Berliner wünschen gar keine Änderung und vergegenwärtigen sich nicht, daß auch fruchtbarere Beziehungen zwischen dem deutschen Kaiser und der Vertretung der

hauptstädtlichen Bürgerschaft bestehn könnten, und zwar zum Vorteil beider Teile. Denn wenn der Kaiser keinen Einfluß auf die freiwilligen Entschlüssen der Bürgerschaftsvertretung hat, wie das die Wiederwahl Kaufmanns in peinlicher Deutlichkeit beweisen würde, so kann diese bei solchem Verhalten gewiß auch keinen auf den Kaiser gewinnen. In die Kasernen und auf die Exerzierplätze geht der Kaiser, auch in das Landesökonomikollegium, in das Ständehaus, in die Kunstausstellungen usw.; wer aber vermittelt den Verkehr mit der städtischen Bürgerschaft und bringt dem Kaiser nahe, was das Herz des Bürgers bewegt? Das sollte doch wohl die Berliner Stadtvertretung zu allererst thun. Möge doch niemand sagen, daß der Kaiser die Kreise aufsucht, wo byzantinischer Geist weht, und die meidet, wo Männerstolz vor Königsthronen zu Hause ist. Wir wenigstens haben bisher die Rats Herren der freien Städte, in deren Kreise der Monarch häufig weilt, für größere Herren und selbstbewusstere Männer gehalten als die Berliner Stadträte und Stadtverordneten. Wäre nur im Roten Hause mehr echter Stolz! Wir wollen seine Zusaffen wahrlich nicht zu der Weltanschauung des Höflings bekehren oder zum Geschäftemachen mit hohen Herren anregen, aber sie sind wirklich zu bescheiden: ihr Stolz ist befriedigt, wenn sie einen Mann zum zweitenmal zum Bürgermeister wählen können, von dem sie gar nicht erwarten, daß er es jemals wird.

Die letzten Nachrichten lassen leider keinen Zweifel daran, daß Kaufmann wiedergewählt wird. Die Bürgermeisterstelle wird nicht wieder ausgeschrieben und auch eine Ausschußberatung nicht vorgenommen werden. Vermuthlich ist die Wahl schon vollzogen, wenn dieses Heft in den Händen der Leser ist. Vielleicht wird dann ein königlicher Kommissar ernannt, vielleicht auch wird den Stadtverordneten nochmals die Möglichkeit gegeben werden, eine Wahl vorzunehmen, durch die ein ersprißlicheres Verhältnis zur Krone angebahnt oder die Anbahnung wenigstens nicht verhindert wird.

Nicht demonstrieren, wirken ist der Ehrgeiz der Tüchtigen.

Prinz Tschun. Der Empfang der Sühnegesandtschaft am 4. September hat allenfalls den gerechten deutschen Anforderungen genügt, die Verhandlungen in Basel waren für Deutschland eine tiefe Beschämung, eine Art von Ohnmüß. So lautet das „einmütige“ Urtheil der „urteilsfähigen“, „unabhängigen“ deutschen Presse (also selbstverständlich nicht der feilen oder dummen Offiziösen) über die jüngsten deutsch-chinesischen Vorgänge. Man greift sich an den Kopf, wenn man so etwas liest, und fragt unwillkürlich: bin ich verrückt, mindestens stumpfsinnig, oder — sind es andre? Daß der ernste, fast herbe Empfang des „Sühneprinzen“ durch den Kaiser, der in einer strengen Strafreden Sr. Majestät gipfelte und jede nicht absolut unvermeidliche Ehrung vermieden hat — denn im Büßerhemde und barfuß konnte man die mongolische Hoheit im Schloßhofe doch wohl nicht warten lassen —, daß dieser Empfang das Richtige traf, das gesteht jene Presse allenfalls gnädig zu, wozu sich Graf Bülow sehr gratulieren kann; aber in Basel, ominösen Andenkens von 1795 her, hat sich die deutsche Diplomatie eine schwere Schlappe geholt, denn dort hat sie zu viel verlangt und ist abgeblüht, unter dem berechtigten Hohnlächeln Europas, ja wohl auch mit Hilfe getreuer Nachbarn. Wir haben schon oft genug gesagt, daß auch wir uns das Recht der Kritik gegenüber den Handlungen der Regierung jederzeit wahren, aber vernünftige Menschen wagen doch nur dann ein Urtheil, wenn sie die Dinge einigermaßen kennen; wer ohne solche Kenntnis urtheilt, der gilt im gewöhnlichen Leben für leichtfertig und wird nicht ernst genommen. In den schwierigsten Fragen der auswärtigen Politik steht es freilich anders und viel einfacher; über solche hat jeder Bierphilister, geschweige jeder Journalist das Recht,

auf bloße Verdachtsgründe und auf boshafte unbestimmte Andeutungen auswärtiger Blätter hin abzurteilen und namentlich den vaterländischen Staatsmännern den Text zu lesen, ohne irgend etwas Sicheres zu wissen. Was wissen wir denn wirklich von dem, was in Basel verhandelt worden ist, was Deutschland verlangt, durchgesetzt oder nicht durchgesetzt hat? Nichts, als daß gewisse Schwierigkeiten über das Zeremoniell des Empfangs aufgetaucht sind, und das hat für Orientalen bekanntlich noch eine ganz andre Wichtigkeit als für Abendländer, namentlich für Chinesen, wie schon die frühern langwierigen Verhandlungen in Peking zeigen könnten. Es hat dort z. B. die größte Mühe gekostet, auch nur durchzusetzen, daß die fremden Gesandten nicht in derselben Halle empfangen würden, wie die Vertreter der unterworfenen Völker, und es war eine Durchbrechung alles alten chinesischen Hofzeremoniells, daß Prinz Heinrich als ein Fürst gleichen Ranges behandelt wurde. Wenn da nun Deutschland in Basel einige Zugeständnisse gemacht hätte, worüber wir übrigens nicht das Geringste wissen, was wäre dabei schlimmes? Die Hauptsache, die feierliche Abbitte eines kaiserlichen Prinzen ist doch, und zwar unter nach europäischen Begriffen keineswegs verbindlichen Formen, erreicht worden, und wir wollen doch mit China wieder in ein freundschaftliches Verhältnis kommen. Dazu hätte es aber gewiß nicht beigetragen, wenn der Empfang des Prinzen Tschun an ein paar für uns gleichgiltigen Außerlichkeiten gescheitert wäre. In einem deutschen Zugeständnis, wenn es wirklich erfolgt sein sollte, eine Demütigung für uns, womöglich ein Dmütz sehen zu wollen ist eine platte Albernheit, und der Regierung des Kaisers und des Kanzlers hier wie sonst oft genug vorzurücken, sie verfare nach Laune und Stimmungen, fordre erst unverständlich viel und gebe dann klein bei, wenn sie auf Widerstand stoße, das erlauben wir uns rund heraus eine dreiste Unmaßung zu nennen, namentlich bei den „unabhängigen“ Blättern, die zwar die auswärtige Politik des Reichs, die preußische Polenpolitik, und noch einiges andre, was ihnen ziemlich fern liegt, immer aufs herbeste kritisieren, weil das für sie ganz ungefährlich ist, aber über Mängel und Fehler etwa einer Lokalverwaltung, über die sie recht wohl ein Urteil und gute Gründe zum Urteil hätten, nicht den Mund aufzuthun wagen, weil ihnen das schaden könnte. Wir thun das auf die Gefahr hin, wieder einmal für offiziös, also für urteilslos oder käuflich ausgeschrieen und an unsern leider verblaszten Ruhm der Zeit G. Freytags erinnert zu werden. Welchen Eindruck ein solches Verhalten unsrer Presse auf die klugen Chinesen in der Umgebung des Prinzen Tschun, die recht gut Deutsch verstehn sollen, machen wird, wie sehr es dazu beitragen muß, ihre Achtung vor der deutschen Nation zu erhöhen, die ihrer Regierung so bereitwillig eine diplomatische Niederlage gegenüber denselben Chinesen andichtet, das brauchen wir verständigen Lesern nicht zu sagen. Das aber wollen wir doch noch hinzufügen: niemals ist eine monarchische Regierung in einer großen nationalen Sache, die sie in sehr schwieriger Lage erfolgreich und ehrenvoll geführt hat, mit soviel Mißtrauen, Spott und Hohn verfolgt worden, wie unsre heutige Reichsregierung in der chinesischen Angelegenheit von einem Teile unsrer Presse. Ein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte!

Nachschrift. Soeben bringt die „Post“ die Nachricht, daß es sich in Basel lediglich um einen Satz in der Ansprache des Prinzen Tschun gehandelt, und daß Deutschland darin seinen Willen durchgesetzt, also einen Passus von dem Bedauern der chinesischen Regierung über Kettlers Ermordung hineingebracht hat. Was bleibt also von dem ganzen thörichtesten Geschwätz „unabhängiger“ Blätter? Eine gründliche Blamage, ein — Dmütz!

Das Alter des Ausdrucks „Singo.“ In England ist jüngst der Volksfänger Mac Dermott gestorben, der die indirekte Veranlassung dazu geworden ist,

daß das Schlagwort „Jingo“ zu seiner politischen Nebenbedeutung gekommen ist. Man liest infolge des Todesfalls viel über die Entstehung und den erstmaligen Gebrauch von Jingo und Jingoism in englischen Wochenschriften. Das Wort ist ja auch bei uns gebräuchlich geworden, und bei der Flottenagitation und der Chinaexpedition hörte man viel von deutschen Jingo's; aber so häufig wie in den Ländern der englischen Zunge ist das Wort bei uns nicht, und es würde sich in wissenschaftlichen Büchern noch nicht so wohl fühlen wie in England, wo ein Herausgeber der Kranzrede des Demosthenes (Goodwin, S. 245) jüngst den Aischines des Jingoism angeklagt hat, weil er 348/7 vor Chr. einen allgemeinen griechischen Krieg gegen Philipp von Macedonien predigte. — Ein Jingo ist ein Anhänger der konservativen oder Torypartei in England, der eine energische auswärtige Politik anstrebt. Das aggressive hat der ursprünglichen Bedeutung des Wortes gefehlt, doch jetzt ist der Jingo auch aggressiver Hurrapatriot. Was die Entstehung betrifft, so ist By Jingo eine alte englische Beteuerung; es ist strittig, ob es by Jesus, by Gingoulph oder by Jinkoa = Jaungoicoa, ein basitisches Wort: „Gott der Herr in der Höhe“ bedeutet, das durch Matrosen oder Soldaten nach England gekommen sein mag. By Jingo kommt schon 1770 in einem Roman von Oliver Goldsmith vor. Als politisches Wort stammt es aber jedenfalls aus der Zeit der englisch-russischen Konflikte, Ende der siebziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts. Damals sang Mac Dermott in den Musikhallen ein patriotisches Lied, worin es hieß:

We don't want to fight, but, by Jingo! if we do,
We've got the ships, we've got the men, we've got the money too.

Den Krieg, wir suchen ihn nicht auf; doch bei Jingo, wenn man ficht,
Saben wir die Schiff', haben wir die Leut', und auch das Geld fehlt nicht.

In dem politischen Sinne soll es Professor Minto 1879 zuerst gebraucht haben, nach andern der Daily News schon am 13. März 1878. Aber nach einem Briefe an The Literature war der erste öffentliche Gebrauch von Jingoism in einer Ansprache von Sir George Otto Trevelyan an seine schottischen Wähler am Wethnachtsstage 1877, die in der Times vom 11. Januar 1878 wiedergegeben worden ist; damals war die Spannung mit Rußland am größten. Und zwar kann der Gewährsmann der Literature den Einfluß des Mac Dermott'schen Volksgefanges dabei direkt nachweisen. Im Jahre 1880 schrieb schon die Saturday Review, das Wort würde einst eine ebenso große und respectable Bedeutung bekommen wie Whig und Tory; es atme Verteidigung, nicht Schwäche; in ihm liege, daß England keinen Krieg wolle; aber führe es einen Krieg, dann sei es auch tüchtig dazu. Jetzt, nach zwanzig Jahren, hat sich die Bedeutung geändert; das aggressive ist ganz wesentlich dabei geworden, und so hat es auch Mac Kinley gebraucht, als er in seiner Botschaft sagte, daß America has been jingooed into war mit Spanien.

III.



Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig